

Ressort: Lokales

NRW-Widerstand gegen Pläne zur stärkeren Zusammenarbeit bei Bildung

Berlin, 16.07.2014, 13:43 Uhr

GDN - Im Streit um die Pläne der Bundesregierung für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Ländern in der Bildung zeichnet sich Widerstand aus dem rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen ab. Die nordrhein-westfälische Schulministerin und Vize-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (Grüne) kritisierte den Gesetzentwurf des Bundes zur Lockerung des sogenannten Kooperationsverbotes in der Bildung als unzureichend.

"Das ist sicher ein Fortschritt für den Bereich der Wissenschaft, aber viel zu kurz gesprungen. Wir brauchen in allen Fragen der Bildungskette eine 'Kooperationskultur'. Wir Grünen in den Ländern sind gesprächsbereit, jetzt ist es an der Bundesregierung auf uns zuzukommen", sagte Löhrmann der "Süddeutschen Zeitung". Löhrmann, die auch Vorsitzende der Kultusministerkonferenz ist, bemängelte insbesondere das "Koppelgeschäft", mit dem der Bund gegenüber den Ländern agiere: "Genau genommen ist es schlichte Erpressung, den Ländern das Geld aus der Bafög-Entlastung nur unter der Bedingung zuzusagen, dass diese einer Grundgesetzänderung zur Lockerung des Kooperationsverbotes zustimmen." Das Bundeskabinett hatte am Mittwoch den Entwurf zur Grundgesetzänderung beschlossen. Er sieht vor, künftig eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu erleichtern. Der Bund soll Hochschulen und einzelne Institute dauerhaft fördern dürfen - und nicht nur befristet wie bisher. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) will im Gegenzug die Finanzierung des Bafög voll durch den Bund übernehmen, wodurch die Länder um etwa 1,2 Milliarden Euro jährlich entlastet würden. Voraussetzung sei jedoch eine Grundgesetzänderung. Für diese ist auch die Zustimmung von Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung im Bundesrat erforderlich.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-37843/nrw-widerstand-gegen-plaene-zur-staerkeren-zusammenarbeit-bei-bildung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619